

Die Welt der Wutbürger

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 114 vom 18. Mai 2016

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 114 vom 18. Mai 2016, S. 8, unter dem Titel:

"Die Welt der Wutbürger. Populistische Haltungen sind weit verbreitet. Langfristige Erhebungen zeigen jedoch, dass sie nicht zugenommen haben."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Demokratieverständnis
	A	2	Katastrophe in Sicht?
	A	3	Das Vertrauen in die Kompetenz der Bundestags- abgeordneten schwindet
	A	4	Für die Mehrheit vertreten die Abgeordneten nicht die Interessen der Bevölkerung
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Kompromissbereitschaft
		2	"Das könnte ich besser als die"
		3	Apokalyptisches Denken
		4	Weniger aggressive Haltung gegenüber Politikern

Originalmanuskript

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Die Denkwelt der Wutbürger

Nicht erst seit den jüngsten Wahlerfolgen der AfD ist das Schlagwort des Populismus in Mode. Ob es um den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump geht, seinen Wettbewerber Bernie Sanders, die polnische, ungarische oder griechische Regierung, die AfD oder die CSU, stets ist der Vorwurf des Populismus nicht weit. Das Wort wird so inflationär gebraucht, dass sich die Direktion des Südwestrundfunks Ende des letzten Jahres genötigt sah, seine Redakteure zu bitten, nicht automatisch jeder Nennung des Parteinamens AfD das Adjektiv „rechtspopulistisch“ hinzuzufügen.

Doch was bedeutet der Begriff eigentlich? Was kennzeichnet diese Entwicklung, von der die Tageszeitung „Die Welt“ kürzlich schrieb, es handele sich bei ihr um ein weltweites Phänomen? Sicherlich lassen sich leicht Merkmale für populistische Politik finden, allen voran die Taktik von Politikern, nicht die Positionen zu vertreten, die sie selbst für richtig halten, sondern das zu fordern, was ihnen ihrer Ansicht nach den meisten Applaus in der Öffent-

lichkeit einbringt. Doch es bedarf eines bestimmten gesellschaftlichen Klimas, damit solche Politiker auch den Zuspruch eines wesentlichen Teils der Bevölkerung erhalten. Was kennzeichnet dieses Meinungsklima? Und hat die Neigung der Bevölkerung, populistischen Thesen zu folgen, tatsächlich in den letzten Jahren zugenommen? Dies sind die Fragen, denen das Institut für Demoskopie Allensbach in der jüngsten repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Auftrag dieser Zeitung nachgegangen ist.

Ein wesentliches Element des populistischen Weltbildes ist sicherlich die Vorstellung, die Politik müsse stets exakt das tun, was das Volk wolle. Diese Vorstellung ist bei den Deutschen weit verbreitet. Das zeigen die Ergebnisse einer in der aktuellen Allensbacher Umfrage enthaltenen Dialogfrage: Die Interviewer überreichten den Befragten ein Bildblatt, auf dem zwei Personen in einer Gesprächssituation abgebildet waren. Die eine Person sagte: „Ich finde, ein Politiker kann auch mal gegen den Willen der Mehrheit des Volkes entscheiden. Schließlich wurde er gewählt, dass er Verantwortung übernimmt und stellvertretend für das Volk entscheidet.“ Das Gegenargument lautete: „Ich erwarte von einem Politiker, dass er sich so entscheidet, wie die Mehrheit des Volkes entscheiden würde. Schließlich wurde er deswegen gewählt.“ Dazu wurde die Frage gestellt: „Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?“ 60 Prozent der Befragten entschieden sich dar-

aufhin für die zweite Position, von den AfD-Anhängern waren es sogar 85 Prozent. Lediglich 29 Prozent vertraten die Ansicht, dass ein Politiker auch mal gegen den vermuteten Mehrheitswillen entscheiden dürfe.

Tabelle A 1

Es ist offensichtlich, dass nur wenige Deutsche das Prinzip der repräsentativen Demokratie verinnerlicht haben, wonach sich die Bürger bei der Wahl nicht nur für bestimmte politische Positionen entscheiden, sondern ihren gewählten Vertretern im Parlament auf Zeit die Verantwortung für das Land übertragen, und dass diese Verantwortung mit der Verpflichtung verbunden ist, im Zweifelsfall dem eigenen Gewissen zu folgen und nicht einem augenblicklich vermuteten Volkswillen.

Nun ist ein solches Missverständnis der Prinzipien der repräsentativen Demokratie allein noch kein Beleg für populistisches Denken. Hinzu kommt meist politischer Rigorismus, die Vorstellung, dass die von einem selbst für richtig gehaltenen politischen Konzepte kompromisslos durchzusetzen seien. Diese Haltung ist weitaus weniger weit verbreitet, wie die Ergebnisse einer weiteren Dialogfrage zeigen: Hier lautete die erste zur Auswahl gestellte Meinung: „Ich erwarte von einer Partei, dass sie sich ohne Wenn und Aber für die Politik einsetzt, für die sie gewählt worden ist, ohne dabei Kompromisse einzugehen.“ Dem wurde die Position entgegengestellt: „Ich er-

warte von einer Partei, dass sie ihre Ziele verfolgt, dabei aber auch Kompromisse mit anderen Parteien eingehen kann, sonst könnte sie ja gar nichts bewirken.“ Eine klare Mehrheit von 66 Prozent der Befragten entschied sich für die zweite Position, lediglich 24 Prozent wählten die erste. Anders die AfD-Anhänger: Sie vertraten mit einer knappen relativen Mehrheit von 43 zu 42 Prozent die Ansicht, eine Partei dürfe keine Kompromisse eingehen.

Schaubild 1

Ein drittes Element des populistischen Weltbildes scheint ein gewisses apokalyptisches Denken zu sein, die Vorstellung, dass das Land dem Untergang geweiht sei, wenn es nicht einen radikalen Wechsel in der Politik gebe. Diese Sichtweise wird nur von einer Minderheit der Deutschen geteilt. Der Aussage „Wenn die Politik in Deutschland so weiter macht, dann treibt das Land in eine Katastrophe“ stimmen heute 35 Prozent zu, 42 Prozent widersprechen ausdrücklich. Und auch hier fallen die Anhänger der AfD durch ihre abweichende Meinung auf: Sie glauben zu 74 Prozent, dass Deutschland auf eine Katastrophe zusteuert.

Tabelle A 2

Das vielleicht wichtigste Element populistischen Denkens ist aber vermutlich eine verächtliche Haltung gegenüber der Politik, verbunden mit der Vorstellung, dass diese etwas Einfaches sei und Politiker Menschen, die keine besonderen Fähigkeiten haben. Diese Vor-

stellung hat sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten gründlich durchgesetzt.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Antworten auf die Frage „Glauben Sie, man muss große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden?“ 1972 waren 63 Prozent der Befragten dieser Ansicht, 2014 dagegen, als die Frage zum bisher letzten Mal gestellt wurde, waren es noch 24 Prozent. Da ist es nur folgerichtig, dass in der aktuellen Umfrage 46 Prozent der Befragten (und 71 Prozent der AfD-Anhänger) der Aussage zustimmten: „Die Politiker haben keine Ahnung, das könnte ich besser als die.“

Tabelle A 3

Schaubild 2

Darüber hinaus wurde in den letzten Jahrzehnten den Politikern auch zunehmend die Bereitschaft abgesprochen, ihren Wählern zu dienen. Auf die Frage „Glauben Sie, dass die Abgeordneten in Berlin (bzw. Bonn) in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten, oder haben sie andere Interessen, die ihnen wichtiger sind?“ antworteten in den sechziger und siebziger Jahren stets klare Mehrheiten, sie glaubten, die Politiker verträten die Interessen der Bevölkerung. Heute sind noch 25 Prozent dieser Ansicht. 43 Prozent sind dagegen der Meinung, dass Politiker vor allem andere Interessen verfolgten, überwiegend eigene, aber auch die ihrer Parteien, der Wirtschaft oder die von Lobbygruppen.

Tabelle A 4

Was ist nun die Ursache dieser Entwicklung?

Man kommt um die Erkenntnis nicht herum, dass höchstwahrscheinlich die Massenmedien dabei eine entscheidende Rolle spielen. Da sind zum einen die Gesetzmäßigkeiten des Fernsehens, die, seitdem dieses zum Leitmedium geworden ist, auch die Spielregeln der Politik maßgeblich mitbestimmen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Thomas E. Patterson hat bereits Anfang der neunziger Jahre in seinem immer noch sehr lesenswerten Buch „Out of Order“ darauf hingewiesen, dass das Fernsehen als Mittler zwischen Politik und Bevölkerung eigentlich ungeeignet ist. Politik ist ein mühsames und langwieriges Geschäft, das Fernsehen braucht Kürze. Politik ist kompliziert, das Fernsehen muss vereinfachen. Politik muss ständig Kompromisse suchen, das Fernsehen lebt von Konflikten.

Darüber hinaus ist die politische Berichterstattung seit den sechziger Jahren über Jahrzehnte hinweg immer negativer geworden. Nach Analysen des Mainzer Publizistikwissenschaftlers Hans Mathias Kepplinger kamen in den fünfziger und sechziger Jahren in den führenden Tageszeitungen auf eine positiv wertende Aussage über Politiker zwei negative. In den achtziger und neunziger Jahren lag das Verhältnis bei einer positiven zu fünf negativen Wertungen. Ähnliches gilt für die Parteien. Inhaltsanalysen des Instituts Media Tenor zeigen, dass im Jahr 2010 in den führenden Nachrichtensendungen alle Parteien mit Ausnahme der Grünen weitaus überwiegend nega-

tiv beurteilt wurden. Die FDP sogar in einem Verhältnis von 1 zu 4. Man darf nicht erwarten, dass ein solcher Tenor der Berichterstattung bei der Bevölkerung folgenlos bleibt, denn in den meisten Fällen können die Menschen die aus den Massenmedien aufgenommenen Botschaften nicht durch eigene Beobachtungen ausgleichen. Es mag für viele publizistische Akteure ärgerlich sein, aber man wird das Aufkommen der populistischen Bewegungen nicht verstehen können, wenn man dabei nicht auch die Rolle der Massenmedien untersucht.

Alles in allem zeigen die Umfrageergebnisse, dass die Elemente populistischen Denkens in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Doch haben diese Haltungen in jüngster Zeit wirklich zugenommen? Die Daten sprechen eher dagegen.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten erfragt das Institut für Demoskopie Allensbach regelmäßig die Einstellung der Bevölkerung zu der Aussage: „Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zusteuert. Mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten können wir diese Probleme nicht lösen. Das schaffen wir nur, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern.“ Diese Frage wurde bereits in den achtziger Jahren zur Ermittlung des Extremismus-Potentials in der Bevölkerung entwickelt.

Trotz der Verunsicherung vieler Bürger durch die Flüchtlingskrise ist der Anteil derjenigen, die dieser Aussage zustimmen, seit dem Jahr 2013 lediglich von 28 auf 33 Prozent angestiegen. Das ist noch immer ein Wert am unteren Ende der seit langem bekannten Bandbreite: Im Jahr 2003 hatten 45 Prozent der Aussage zugestimmt.

Schaubild 4

Und auch die aggressive pauschale Ablehnung von Politikern scheint in den letzten Jahren eher abgenommen zu haben. Im Jahr 2001 stellte das Allensbacher Institut zum ersten Mal die Frage „Wenn jemand sagt: ‚Das einzige, was die Politiker heute noch tun, ist im Bundestag unnütze Reden schwingen. Aber wenn es darum geht, für die kleinen Leute wirklich was zu tun, dann kneifen sie.‘ Finden Sie, der hat recht oder nicht recht?“

Damals antworteten 59 Prozent der Befragten, er habe recht, heute sind es mit 44 Prozent deutlich weniger. Es spricht damit einiges dafür, dass die Ursachen der Anfälligkeit eines Teils der Bevölkerung für politischen Populismus lange vor der Gründung der AfD zu suchen sind und dass diese Entwicklung ihren Höhepunkt vielleicht schon überschritten hat. Die AfD ist nicht der Kern des Problems. Sie hat es nur sichtbar gemacht.

Schaubild 5

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1474
Befragungszeitraum:	28. April bis 12. Mai 2016
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei über Politiker. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
"Ich finde ein Politiker kann auch mal gegen den Willen der Mehrheit des Volkes entscheiden. Schließlich wurde er gewählt, dass er Verantwortung übernimmt und stellvertretend für das Volk entscheidet."	29	11
"Das sehe ich anders. Ich erwarte von einem Politiker, dass er sich so entscheidet, wie die Mehrheit des Volkes entscheiden würde. Schließlich wurde er deswegen gewählt."	60	85
Unentschieden, keine Angabe	11	4
	<hr/> 100	<hr/> 100

Katastrophe in Sicht?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Wahlberechtigte

FRAGE: "Neulich sagte uns jemand: 'Wenn die Politik in Deutschland so weiter macht, dann treibt das Land in eine Katastrophe.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
Sehe das auch so	35	74
Sehe das nicht so	42	10
Unentschieden, keine Angabe	23	16
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11056, Mai 2016

Das Vertrauen in die Kompetenz der Bundestagsabgeordneten schwindet

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, man muss große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter (in Bonn) zu werden?"

	Bevölk. insg.	West		Ost
	2014	1972	2014	2014
	%	%	%	%
Ja, große Fähigkeiten	24	63	24	24
Nein.....	53	23	55	47
Unentschieden	23	14	21	29
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 2085, 11022

Für die Mehrheit vertreten die Abgeordneten
nicht die Interessen der Bevölkerung

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass die Abgeordneten in Berlin in erster Linie die
Interessen der Bevölkerung vertreten, oder haben sie andere
Interessen, die ihnen wichtiger sind?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Interessen der Bevölkerung	25
Andere	43
Weiß nicht	32
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11056, Mai 2016

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: 9.-23. Januar	41,5	4,0	25,0	10,5	8,5	6,0	4,5
1.-12. Februar	41,0	5,0	25,5	9,5	9,0	6,0	4,0
1.-12. März	41,5	5,0	26,0	9,5	8,0	6,0	4,0
28. März-10. April ...	40,5	5,0	26,5	9,5	8,5	6,0	4,0
2. bis 18. Mai	41,5	5,0	25,5	9,5	9,0	5,0	4,5
1.-14. Juni	41,5	5,0	26,0	10,0	8,5	4,0	5,0
1.-13. Juli	40,5	5,5	25,5	10,0	9,5	4,0	5,0
1.-14. August	41,5	5,5	26,0	9,5	9,0	3,5	5,0
1.-12. September ...	42,0	6,0	25,5	9,5	8,5	3,5	5,0
3.-16. Oktober	38,0	5,5	26,0	9,5	9,0	7,0	5,0
1.-12. November	37,5	5,5	26,0	9,5	9,5	7,0	5,0
28. Nov.- 10. Dez. ...	38,0	5,0	26,0	9,5	8,5	8,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: 7.-21. Januar	35,0	6,5	25,0	9,0	9,5	10,0	5,0
1.-11. Februar	33,5	7,0	24,0	10,0	10,0	10,5	5,0
26.2.-10. März	35,0	7,0	24,5	10,0	9,0	10,5	4,0
1. bis 14. April ...	33,5	8,0	23,0	11,0	9,0	10,5	5,0
28. April-12. Mai ...	33,5	8,0	21,0	11,5	9,0	12,5	4,5

Befragt wurden insgesamt 1.474 Personen

QUELLE:Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 11056

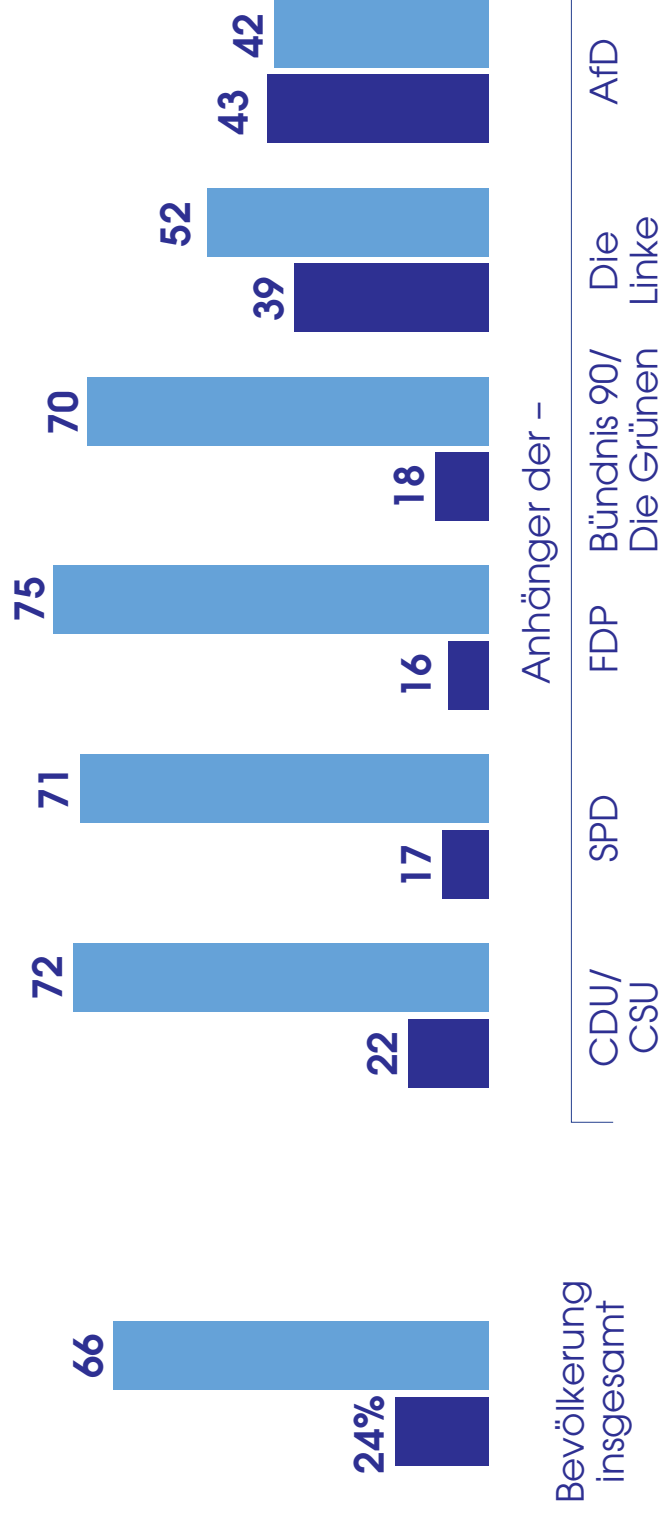
Schaubilder

Kompromissbereitschaft

Frage: "Hier unterhalten sich zwei über Parteien. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken: Der obere oder der untere?"

■ "Ich erwarte von einer Partei, dass sie sich ohne Wenn und Aber für die Politik einsetzt, für die sie gewählt worden ist, ohne dabei Kompromisse einzugehen"

■ "Ich erwarte von einer Partei, dass sie ihre Ziele verfolgt, dabei aber auch Kompromisse mit anderen Parteien eingehen kann. Sonst könnte sie ja gar nichts bewirken"



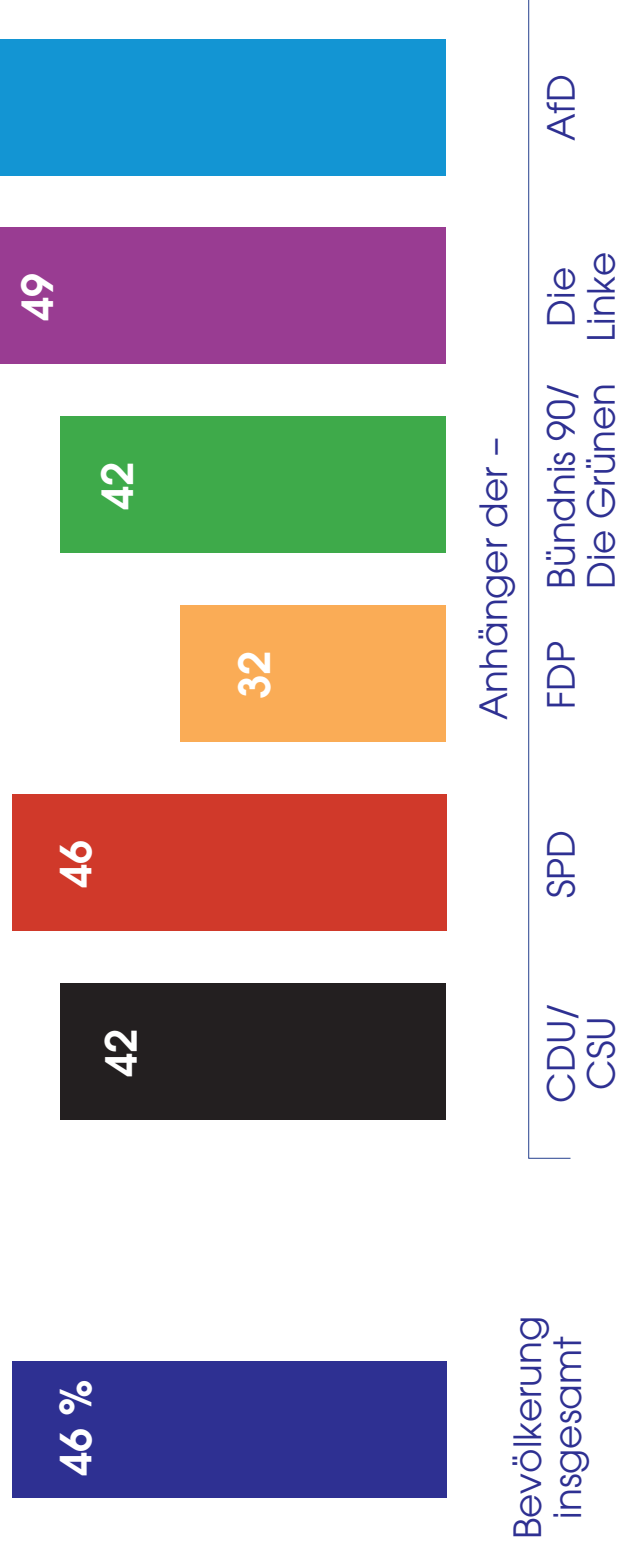
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11056

"Das könnte ich besser als die"

Frage: "Neulich sagte jemand: ‚Wenn ich mir anschau, was in der Politik so gemacht wird, denke ich mir oft: Die Politiker haben keine Ahnung. Das könnte ich besser als die.‘ Denken Sie das auch öfter, oder ist das nicht der Fall?"

Antwort:

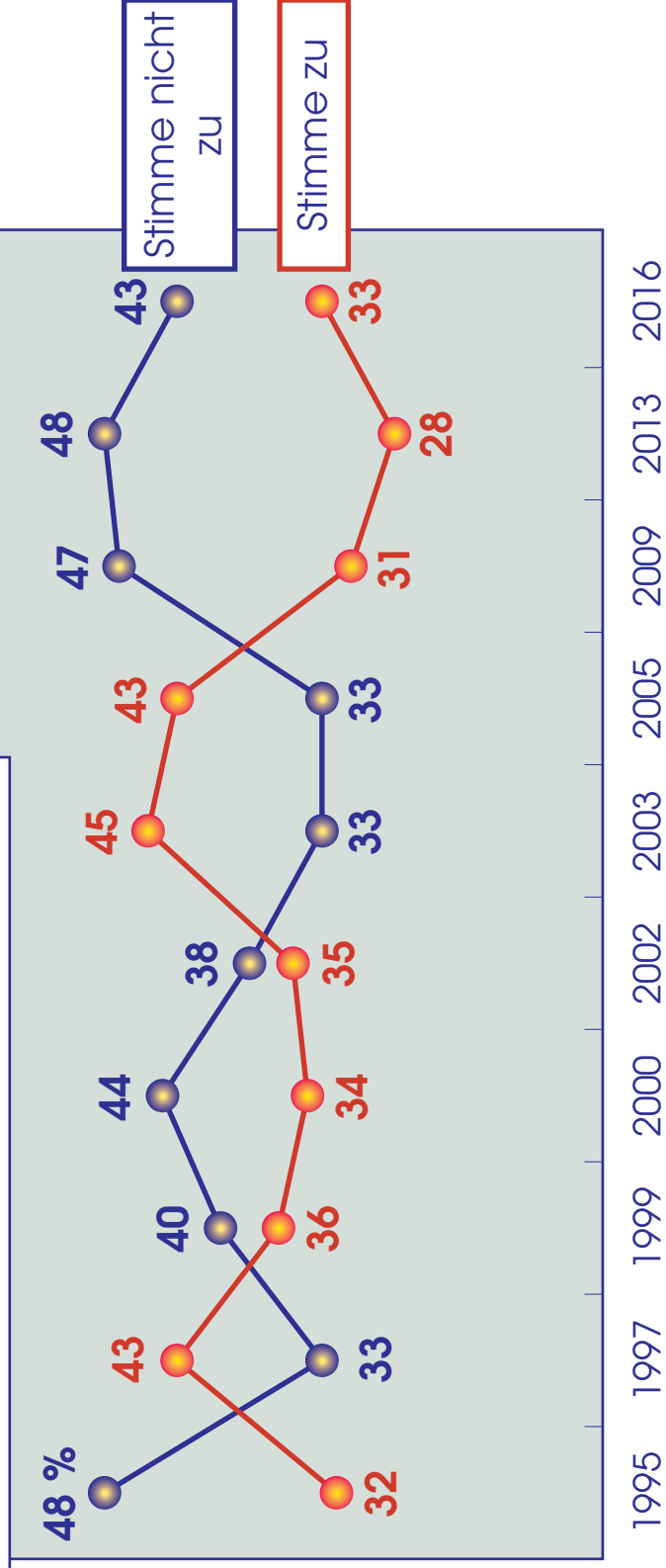
"Das denke ich auch öfter."



Apokalyptisches Denken

Frage: "Wenn Sie das bitte einmal lesen, was der Mann/die Frau hier auf dem Blatt sagt. Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?" (Bildblattvorlage)

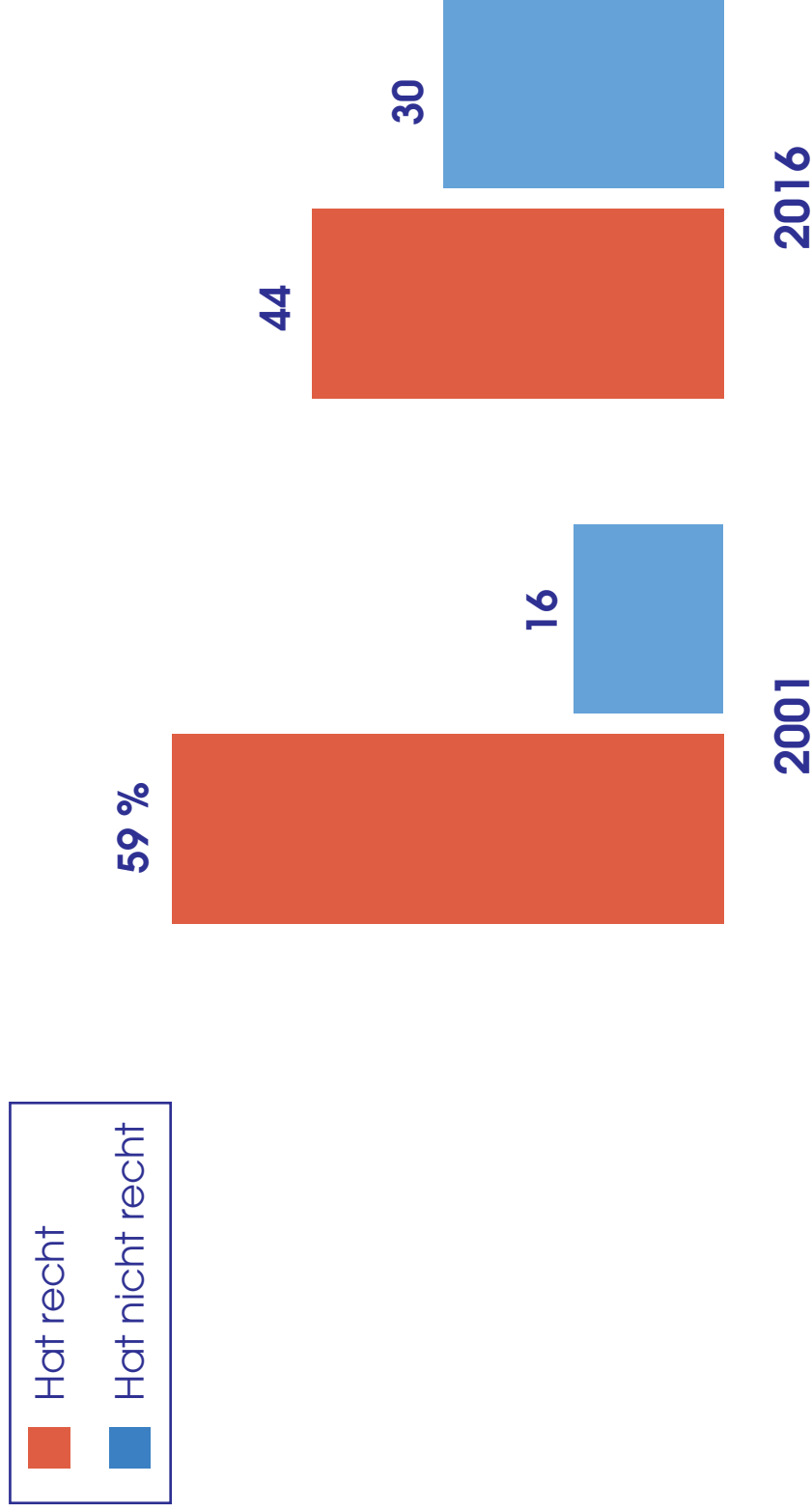
"Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft unaufhaltsam auf eine ganz große Krise zusteuert. Mit den derzeitigen politischen Möglichkeiten können wir diese Probleme nicht lösen. Das schaffen wir nur, wenn wir unser politisches System grundlegend ändern."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11056

Weniger aggressive Haltung gegenüber Politikern

Frage: "Wenn jemand sagt: ‚Das einzige, was Politiker heute noch tun, ist im Bundestag unnütze Reden schwängen. Aber wenn es darum geht, für die kleinen Leute wirklich was zu tun, dann kneifen sie.‘ Finden Sie, der hat recht oder nicht recht?"



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 92
vom 18. Mai 2016, S.8, unter dem Titel:

"Die Welt der Wutbürger. Populistische Haltungen
sind weit verbreitet. Langfristige Erhebungen zeigen
jedoch, dass sie nicht zugenommen haben."

